

*Was ist der
Internationale
Währungsfonds?*

David D. Driscoll

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
Internationaler Währungsfonds
Washington, D.C.

Umschlag und Entwurf: Luisa Menjivar-Macdonald
Schriftsatz: Alicia Etchebarne-Bourdin

Deutsche Ausgabe
Deutscher Sprachendienst,
Büro Sprachendienst des IWF

ISBN: 1-55775-520-5
Überarbeitet im September 1998

Bitte wenden Sie sich bei der Bestellung weiterer Exemplare dieser
Broschüre oder eines Katalogs mit weiteren IWF-Veröffentlichungen an:

International Monetary Fund, Publication Services
700 19th Street, N.W., Washington, DC 20431, USA
Telefon: (202) 623-7430 • Telefax: (202) 623-7201
E-mail: publications@imf.org
Internet: <http://www.imf.org>



Was ist der Internationale Währungsfonds?

Wenngleich er durch die asiatische Finanzkrise stärker ins Rampenlicht gerückt ist, bleibt der Internationale Währungsfonds doch eine rätselhafte Erscheinung auf der Weltbühne, und es herrscht beträchtliche Unklarheit darüber, weshalb er besteht und was er tut. Manche Beobachter, die den IWF mit der Weltbank oder einer anderen Hilfsinstitution verwechseln, haben den Eindruck, Aufgabe des Fonds sei die Subventionierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den ärmeren Staaten. Andere halten ihn für eine internationale Zentralbank mit der Befugnis, die Schaffung von Geld weltweit zu überwachen. Wiederum andere betrachten den IWF als mächtige und mißbilligende politische Institution, die sich mit missionarischem Eifer um die Redlichkeit öffentlichen Haushaltsgebarens bemüht und ihre Mitgliedsländer irgendwie dazu zwingt, einen wirtschaftlichen Sparkurs zu verfolgen. In Wirklichkeit ist der Fonds nichts von alledem. Er ist weder eine Entwicklungsbank noch eine Weltzentralbank noch eine Institution, die ihre Mitgliedsländer zu irgend etwas zwingen kann oder möchte. Er ist vielmehr eine auf Zusammenarbeit ausgerichtete Institution, der 182 Länder freiwillig beigetreten sind, weil sie erkennen, welche Vorteile Konsultationen mit anderen Ländern im Rahmen des IWF zur Aufrechterhaltung eines stabilen Systems für den Ankauf und Verkauf ihrer Währungen bringen, so daß Zahlungen in ausländischen Währungen zwischen Ländern reibungslos und unverzüglich stattfinden können.

Der IWF ist kein Freund von Überraschungen. Mitgliedsländer des Fonds sind der Auffassung, daß es allen zum Vorteil gereicht, andere Länder über ihre währungspolitischen Absichten, soweit sie Zahlungen der Regierung und von Privatpersonen eines Landes an die anderer Länder beeinflussen, zu unterrichten, anstatt sie geheimzuhalten. Sie glauben ferner, daß eine gelegentliche

„Obgleich die Geschäfte des Devisenmarktes mit dem Alltagsleben kaum etwas zu tun zu haben scheinen, wirken sie sich auf uns alle nachhaltig aus.“

Änderung dieser Politik (z. B. durch Senkung der Ausfuhrsteuern), wenn sie von den anderen Mitgliedsländern als dem gemeinsamen Interesse dienlich erachtet wird, zu

Wachstum im internationalen Handel führen und mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze in einer expandierenden Weltwirtschaft schaffen wird. Der IWF leiht Mitgliedsländern Geld, die Probleme haben, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten nachzukommen, aber nur unter der Bedingung, daß sie Wirtschaftsreformen zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten zu ihrem eigenen Nutzen und dem aller Mitgliedsstaaten durchführen.

Entgegen der weitverbreiteten Auffassung hat der IWF nicht das Recht, die nationale Wirtschaftspolitik seiner Mitglieder zu beeinflussen. Er ist beispielsweise nicht befugt, ein Land zu zwingen, mehr Geld für Schulen und Krankenhäuser und weniger für den Kauf von Militärflugzeugen oder für den Bau imposanter Präsidentenpaläste auszugeben. Der Fonds kann Mitgliedsländer dazu drängen – und tut es auch oft –, knappe Ressourcen durch Einstellung unproduktiver Militärausgaben oder durch Anhebung der Ausgaben im Gesundheits- und im Erziehungswesen optimal zu nutzen. Leider können Mitgliedsländer diesen wohlmeinenden Rat ignorieren – und tun es auch oft. In solchen Fällen kann der Fonds lediglich durch vernünftige Argumente versuchen, Mitglieder davon zu überzeugen, daß sich aus der Annahme einer von der Mitgliedschaft im ganzen akzeptierten Währungspolitik innen- und außenpolitische Vorteile ergeben. Die Ausübung von Zwang auf ein Mitglied, eine bestimmte Währungspolitik zu verfolgen, kommt nicht in Frage. Die Befugnisse des Fonds sind darauf beschränkt, von einem Mitglied die Offenlegung von Informationen über seine Geld- und Fiskalpolitik und – soweit wie möglich – die Vermeidung von Restriktionen des freien Währungs- und Zahlungsaustausches mit anderen Ländern zu verlangen.

Die Mitgliedsstaaten haben dem IWF gewisse Befugnisse in bezug auf ihre Zahlungsverkehrspolitik zugewiesen, da diese Poli-

tik für den Geldstrom zwischen den Staaten von überragender Bedeutung ist und weil die Erfahrung gezeigt hat, daß das moderne internationale Zahlungssystem ohne eine weltweite Überwachungs-institution einfach nicht funktioniert. Der Tausch von Währungen stellt das zentrale Element der finanziellen Beziehungen zwischen Ländern und den unverzichtbaren Motor des Welthandels dar. Jede Währung, sei es der Dollar, der Franc, der gambische Dalasi oder der haitische Gourde, hat im Verhältnis zu anderen Währungen einen bestimmten Wert. Die relativen Werte bzw. Wechselkurse der wichtigsten internationalen Währungen schwanken jetzt zur Freude oder zum Leidwesen der Devisenhändler ständig und werden jeden Tag auf der Wirtschaftsseite der Zeitungen notiert. Obgleich die Geschäfte des Devisenmarktes, wo Geld (fast in derselben Weise wie Weizen oder Äpfel) gekauft und verkauft wird, mit dem Alltagsleben kaum etwas zu tun zu haben scheinen, wirken sie sich auf uns alle nachhaltig aus. Am unmittelbarsten kommen die Menschen im allgemeinen mit den Wechselkursen in Berührung, wenn sie als Touristen ins Ausland reisen wollen und erst die Landeswährung kaufen müssen, bevor sie etwas anderes kaufen können. Dies gilt nicht nur für Touristen, sondern auch für Importeure, Banken, Regierungen und andere Institutionen, die oft in erheblichem Umfang ausländische Währung erwerben müssen, bevor sie im Ausland Geschäfte tätigen können.

Nehmen wir zum Beispiel einen Fahrradimporteur in Kopenhagen, der von einem Händler in Tokio 100 japanische Fahrräder zum Preis von je 30 000 Yen kaufen möchte. Der Händler in Tokio nimmt keine dänischen Kronen an, da er mit ihnen nichts anfangen kann: Er kann weder seine Lieferanten noch seine Angestellten in Kronen bezahlen, und kann mit dänischem Geld noch nicht einmal im örtlichen Nudelokal sein Mittagessen kaufen. Er verlangt Yen. Der dänische Importeur muß daher dänische Kronen in Höhe des für die Lieferung erforderlichen Betrages von 3 Millionen Yen umtauschen. Dieser Umtausch von Kronen in Yen ist ohne weiteres möglich (jede Bank in Kopenhagen wird ihn gerne vornehmen), da sich sowohl die dänische als auch die japanische Regierung auf die Konvertierbarkeit ihrer Währung verpflichtet haben. Keines der beiden Länder beschränkt den Um-

tausch seiner Landeswährung in eine andere Währung, und dies erleichtert den internationalen Handel beträchtlich.

Die weitverbreitete Konvertierbarkeit erlaubt heutzutage glücklicherweise einen leichten Austausch zwischen den wichtigsten internationalen Währungen. Die Konvertierbarkeit hat in den letzten 25 Jahren Reisen, Handel und Investitionen praktisch ohne Einschränkungen ermoglicht; sie ist großenteils das Ergebnis der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten mit dem Währungsfonds, durch die ein Abbau der Beschränkungen des Ankaufs und Verkaufs nationaler Währungen Wirklichkeit wurde.

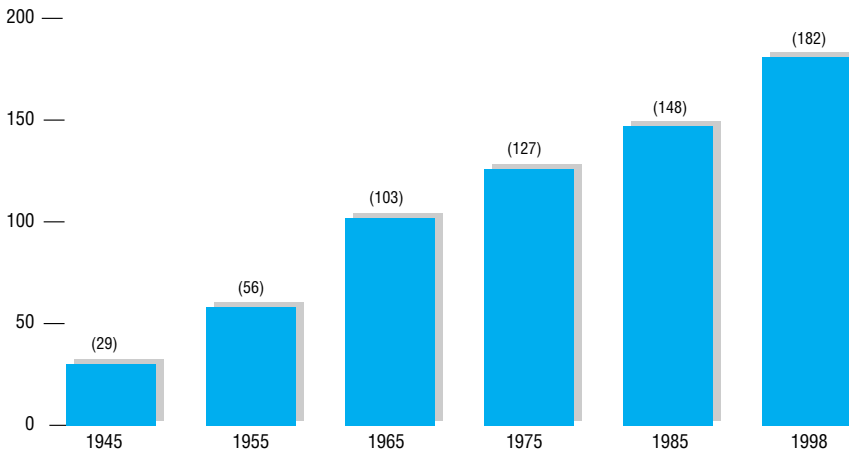
Angesichts des gegenwärtigen Vertrauens darauf, daß eine Währung bei Bedarf in eine andere umgetauscht wird, ist es schwierig sich vorzustellen, daß es Zeiten gab, in denen dies nicht der Fall war. Und doch beschloß die Völkergemeinschaft vor über 50 Jahren, hauptsächlich als Reaktion auf die weitverbreitete Nichtkonvertierbarkeit und die damit zusammenhängenden Wechselkursprobleme, diese Schwierigkeiten durch die Einrichtung eines gemeinsamen Forums, des Internationalen Währungsfonds, zu lösen.

Entstehungsgeschichte des IWF

Die Ursprünge des Fonds gehen auf die große Depression zurück, die der Weltwirtschaft in den 30er Jahren unermesslichen Schaden zufgte. Die meisten Menschen kennen diese Zeit aus dramatischen Photos von Farmen, die von Sandstrmen hinweggefegt wurden, und Schlangen wartender Arbeitsloser vor den Armenkchen. Die Folgen der Depression waren für alle Formen des Wirtschaftslebens verheerend. Tausende von Banken machten Konkurs, und die bestrzten Sparer blieben ohne einen Pfennig zurück; die Agrarpreise fielen unter die Erzeugerkosten, der Wert von Grund und Boden sank rapide, verlassene Farmen verwilderten, Betriebe hatten die Produktion eingestellt, Flotten warteten in Häfen auf Ladungen, die nie eintrafen, und Abermillionen von Arbeitern wanderten durch die Straßen auf der Suche nach Arbeitsstellen, die es nicht gab.

Anstieg der IWF-Mitgliederzahlen, 1945–98

(Anzahl der Länder jeweils zum Jahresende)



Die Verwüstung beschränkte sich nicht nur auf die sichtbare Wirtschaft, sondern wirkte sich ebenso zerstörerisch in der unsichtbaren Welt des internationalen Finanz- und Währungssystems aus. Ein weitverbreiteter Mangel an Vertrauen in Papiergeld führte zu einer Goldnachfrage, die die Finanzministerien der einzelnen Staaten nicht befriedigen konnten. Eine Reihe von Staaten, an der Spitze Großbritannien, war daher gezwungen, die Goldwährung aufzugeben, die dem Geld jahrelang einen bekannten und stabilen Wert verliehen hatte, indem sie den Wert jeder Währung als eine bestimmte Goldmenge definierte. Angesichts der Unsicherheit über den Wert des nicht mehr an Gold gebundenen Geldes gestaltete sich der Austausch von Geld zwischen Staaten, die die Goldwährung beibehalten hatten, und denen, die sie aufgegeben hatten, äußerst schwierig. In der Folge wurden Gold und Geld, das in Gold umgetauscht werden konnte, gehortet, wodurch die Währungsgeschäfte zwischen den Staaten an Umfang und Häufigkeit noch weiter zurückgingen und damit auch

Arbeitsplätze und der Lebensstandard in Mitleidenschaft gezogen wurden. Darüber hinaus schränkten einige Regierungen den Umtausch von Landes- in Fremdwährung stark ein und bemühten sich sogar um Tauschgeschäfte (beispielsweise eine Lokomotive für 100 Tonnen Kaffee), die die Verwendung von Geld völlig überflüssig machten. Andere Regierungen, die verzweifelt ausländische Käufer für ihre einheimischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse suchten, ließen diese Produkte billiger erscheinen, indem sie ihre Landeswährung unter dem realen Wert verkauften, um somit andere Länder, die dieselben Produkte verkauften, zu unterbieten. Diese Vorgehensweise, die als wettbewerbsbedingte Abwertung bezeichnet wird, führte lediglich zu einer vergleichbaren Abwertung seitens der Konkurrenten. Das Verhältnis zwischen Geld und dem Wert von Gütern wurde ebenso unklar wie das Verhältnis zwischen dem Wert einer nationalen Währung und dem einer anderen. Unter diesen Bedingungen siechte die Weltwirtschaft dahin. Zwischen 1929 und 1932 sanken die Warenpreise weltweit um 48 Prozent, und der Wert des internationalen Handels ging um 63 Prozent zurück.

Während der 30er Jahre wurden mehrere internationale Konferenzen zur Lösung der Weltwährungsprobleme einberufen, aber sie alle endeten ergebnislos. Teil- und Übergangslösungen waren offensichtlich nicht ausreichend. Erforderlich war eine Zusammenarbeit aller Staaten in einem bislang noch nie erprobten Umfang bei dem Bemühen um die Schaffung eines neuen Weltwährungssystems und einer internationalen Institution zur Überwachung dieses Systems. Es war ein glücklicher Zufall, daß zwei kühn und unkonventionell denkende Männer, Harry Dexter White in den Vereinigten Staaten und John Maynard Keynes in Großbritannien, Anfang der 40er Jahre fast gleichzeitig Vorschläge für eben ein solches System unterbreiteten, das nicht von gelegentlichen internationalen Tagungen, sondern von einer ständigen, auf Zusammenarbeit ausgerichteten Organisation überwacht werden sollte. Das System sollte auf die Erfordernisse der Zeit reagieren und den uneingeschränkten Umtausch einer Währung in eine andere möglich machen, ferner einen klaren und eindeutigen Wert für jede Währung vorsehen und Beschränkungen und Praktiken, wie etwa

wettbewerbsbedingte Abwertungen, welche Investitionstätigkeit und Handel in den 30er Jahren praktisch gelähmt hatten, weitgehend unmöglich machen. Nach langwierigen Verhandlungen unter schwierigen Kriegsbedingungen akzeptierte die Völkergemeinschaft das System und eine Organisation zu seiner Überwachung. Die abschließenden Verhandlungen zur Schaffung des Internationalen Währungsfonds fanden unter Beteiligung von Delegierten aus 44 Staaten im Juli 1944 in Bretton Woods im amerikanischen Bundesstaat New Hampshire statt. Der Fonds nahm seine Tätigkeit im Mai 1946 in Washington, D.C. auf. Damals zählte er 39 Mitglieder.

Heute umfaßt der Fonds 182 Mitgliedsstaaten. Die Mitgliedschaft steht jedem Land offen, das eine unabhängige Außenpolitik betreibt und bereit ist, die Charta der Rechte und Pflichten des Fonds einzuhalten. Alle großen Staaten sind jetzt Mitglieder des IWF. Die früher zentral geplanten Wirtschaften Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion sind Mitglieder geworden und befinden sich im Hinblick auf eine freie Marktwirtschaft in unterschiedlichen Übergangsphasen. Mitgliedsländer können den Fonds jederzeit auf Wunsch verlassen. Indonesien, Kuba, Polen und die Tschechoslowakei (heute die Tschechische Republik und die Slowakische Republik) haben dies in der Vergangenheit getan; jedoch sind alle diese Länder (mit Ausnahme Kubas) schließlich der Institution wieder beigetreten.

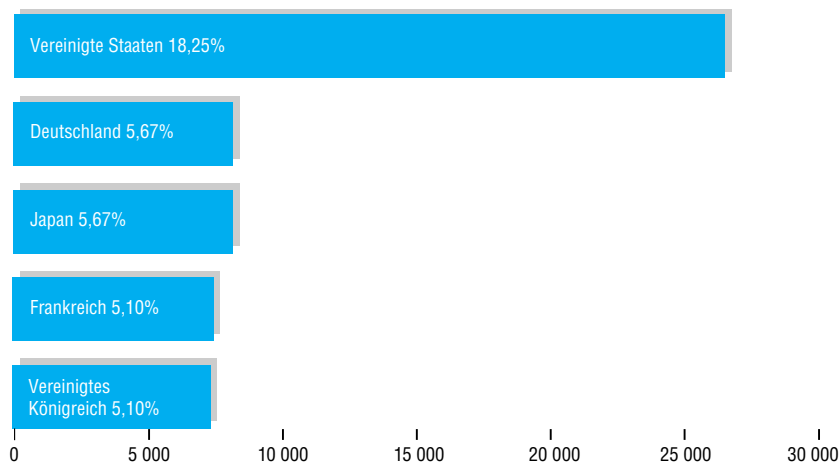
Quoten und Stimmrecht

Beim Beitritt zum IWF zahlt jedes Mitgliedsland eine gewisse Geldsumme als eine Art kreditgenossenschaftlicher Einlage, die sogenannte Quote.

Quoten dienen mehreren Zwecken. Zunächst stellen sie eine Geldreserve dar, auf die der Fonds zurückgreifen kann, um Mitgliedern in finanziellen Schwierigkeiten Kredite zu gewähren. Zweitens bilden sie die Basis für die Ermittlung der Summe, die das beitragszahlende Mitglied vom IWF ausleihen kann oder die es vom IWF in regelmäßigen Zuteilungen von Spezialwerteinheiten, die als SZR (Sonderziehungsrechte) bezeichnet werden, empfängt.

Die fünf größten IWF-Mitglieder nach Quoten, 1998

(Millionen SZR und Prozent der Gesamtquoten)



Je mehr ein Mitgliedsland einzahlt, desto mehr kann es in Notzeiten ausleihen. Drittens sind die Quoten entscheidend für das Stimmrecht der Länder. Anhand einer Analyse des Wohlstands und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines jeden Landes setzt der IWF die Quote für das betreffende Land fest. Je reicher das Land, desto höher die Quote. Die Quoten werden alle fünf Jahre überprüft und können entsprechend dem Bedarf des Fonds und dem wirtschaftlichen Wohlstand des Mitglieds erhöht oder gesenkt werden. 1946 zahlten die damaligen 35 Gründungsmitglieder des IWF 7,6 Mrd \$ ein; bis 1998 betrug die Summe der Quoten aller IWF-Mitglieder 193 Mrd \$¹. Ein Antrag auf Erhöhung der Quoten auf etwa 280 Mrd \$ liegt derzeit zur Genehmigung

¹ 1 SZR = 1,32523 US-\$ (am 24. August 1998).

durch mindestens 85 Prozent aller Mitglieder des Fonds vor. Die Vereinigten Staaten, mit der weltweit größten Volkswirtschaft, leisten mit rund 18 Prozent der Gesamtquoten (etwa 35 Mrd \$) den größten Beitrag zum Fonds; Palau – seit Dezember 1997 Mitglied des IWF – trägt mit ungefähr 3,8 Mio \$ die kleinste Quote bei.

Die Gründerstaaten kamen 1944 zu dem Schluß, daß der Fonds am wirksamsten funktionieren könnte und die Beschlüsse mit dem größten Verantwortungsbewußtsein getroffen würden, wenn das Stimmrecht der Mitglieder direkt an den Geldbetrag gekoppelt wäre, den sie durch ihre Quoten an die Organisation zahlen. Wer den höchsten Beitrag an den IWF entrichtet, hat daher bei der Festlegung der Fondspolitik das größte Mitspracherecht. Die Vereinigten Staaten haben somit derzeit mehr als 265 000, d. h. rund 18 Prozent aller Stimmen; Palau verfügt über 272 bzw. 0,002 Prozent aller Stimmen.

Organisation

Viele Menschen haben den Eindruck, der IWF sei eine Institution von großer Autorität und Unabhängigkeit. Sie nehmen an, daß er entscheidet, welche Wirtschaftspolitik die Mitglieder am besten verfolgen sollen, diese Entscheidungen den Mitgliedern aufzwingt und dann darauf achtet, daß sich die Mitglieder daran halten. Dies ist ein großes Mißverständnis. Weit davon entfernt, vom Fonds Befehle entgegenzunehmen, legen die Mitglieder selbst die vom Fonds verfolgte Politik fest. Der Befehlsweg verläuft eindeutig von den Mitgliedsregierungen zum IWF und nicht umgekehrt. Bei der Beurteilung, ob ein einzelnes Mitglied seinen Verpflichtungen gegenüber dem Fonds nachkommt, oder bei der Ausarbeitung einer Kreditvereinbarung mit einem Mitglied, handelt der Fonds somit nicht eigenmächtig, sondern als Mittler zwischen dem Willen der Mehrheit der Mitglieder und dem einzelnen Mitgliedsland.

An der Spitze der Führungshierarchie steht der Gouverneursrat mit jeweils einem Gouverneur aus jedem Mitgliedsland und einer gleichen Anzahl von Stellvertretern. In der Regel handelt es sich dabei um die Finanzminister oder Zentralbankchefs, die als Bevollmächtigte ihrer Regierung sprechen. In Fragen der Funktions-

„Der Befehlsweg verläuft eindeutig von den Mitgliedsregierungen zum IWF und nicht umgekehrt.“

weise des internationalen Währungssystems werden sie von einem Ausschuß – welcher den eigenartigen Namen Interimsausschuß trägt und seit den 70er Jahren besteht – beraten, und ein Gemeinsamer Entwick-

lungsausschuß von IWF und Weltbank berät sie in bezug auf die besonderen Bedürfnisse der ärmeren Länder. Da Gouverneure und ihre Stellvertreter in ihren eigenen Hauptstädten hauptamtlich beschäftigt sind, treten sie nur anlässlich der Jahrestagung zusammen, um sich formal und als Gruppe den Angelegenheiten des Fonds zu widmen.

Im übrigen Jahr vermitteln die Gouverneure die Wünsche ihrer Regierungen, die die täglichen Geschäfte des IWF betreffen, ihren Beauftragten, die zum Sitz des Währungsfonds nach Washington abgeordnet sind und das Exekutivdirektorium des Fonds bilden. Die 24 Exekutivdirektoren, die mindestens dreimal wöchentlich in formaler Sitzung zusammentreffen, überwachen die Umsetzung der von den Mitgliedsregierungen durch den Gouverneursrat festgesetzten Wirtschafts- und Währungspolitik. Gegenwärtig repräsentieren acht Exekutivdirektoren einzelne Länder: China, Deutschland, Frankreich, Japan, Rußland, Saudi-Arabien, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Sechzehn weitere Exekutivdirektoren vertreten jeweils Gruppierungen der restlichen Länder. Das Exekutivdirektorium trifft seine Beschlüsse selten auf der Grundlage einer förmlichen Abstimmung, sondern verläßt sich auf die Herbeiführung eines Konsensus unter seinen Mitgliedern; durch dieses Vorgehen werden Auseinandersetzungen in heiklen Fragen auf ein Minimum beschränkt und eine Annahme der letzten Endes gefaßten Beschlüsse gefördert.

Der IWF hat ungefähr 2 600 Mitarbeiter, an deren Spitze ein Geschäftsführender Direktor steht, der gleichzeitig Vorsitzender des ihn ernennenden Exekutivdirektoriums ist. Das Amt des Geschäftsführenden Direktors wird traditionsgemäß einem Europäer oder wenigstens einem Nicht-Amerikaner übertragen. (Der

Präsident der Weltbank ist in der Regel ein Bürger der Vereinigten Staaten.) Das internationale Personal stammt aus 122 Ländern und setzt sich hauptsächlich aus Volkswirten, aber auch aus Statistikern, wissenschaftlichen Forschern, Experten in Fragen des öffentlichen Finanz- und Steuerwesens und in bezug auf Finanzsysteme und Zentralbankgeschäfte, Linguisten, Verfasser und Redakteure und Personal mit Unterstützungsfunktion zusammen. Die meisten Mitarbeiter sind in der Zentrale des IWF in Washington tätig, wenngleich einige von ihnen kleinen Büros in Paris, Genf und Tokio und den Vereinten Nationen in New York zugeteilt sind oder den Fonds für einen zeitlich befristeten Einsatz in Mitgliedsländern vertreten. (Zur Zeit sind 70 „Vor Ort-Vertreter“ in 64 Ländern stationiert.) Im Gegensatz zu den Exekutivdirektoren, die bestimmte Länder repräsentieren, ist das Personal gegenüber allen Mitgliedsländern verantwortlich, was die Durchführung der Geschäftspolitik des IWF angeht, und vertritt keine nationalen Interessen.

Aufgaben

Beim Beitritt zum IWF verpflichtet sich ein Mitgliedsstaat, die anderen Mitglieder laufend über seine Regelungen zur Bestimmung des Wertes seiner Währung im Verhältnis zu den Währungen anderer Länder zu unterrichten, auf Beschränkungen des Umtausches seiner Währung in Devisen zu verzichten und eine Wirtschaftspolitik zu verfolgen, die seinen eigenen Wohlstand und den aller Mitgliedsländer in geordneter und konstruktiver Weise mehrt. Die Mitgliedsstaaten selbst verpflichten sich, diesen Verhaltenskodex einzuhalten. Wie oben bemerkt, hat der IWF keine Möglichkeiten, die Mitgliedsländer zu zwingen, diesen Verpflichtungen nachzukommen, wenngleich er moralischen Druck auf sie ausüben kann (und dies auch tut), die Vorschriften und Regelungen, zu deren Einhaltung sie sich freiwillig verpflichtet haben, zu beachten. Der Fonds hat auf die Währungs- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer, die beim IWF Kredite aufnehmen, natürlich einen größeren Einfluß. Mißachtet ein Land seine Verpflichtungen gegenüber dem Fonds fortwährend, so können die übrigen Mitgliedsländer durch den Fonds dem betreffenden Land die

Berechtigung, Geld zu leihen, entziehen oder als letztes Mittel das Mitglied auffordern, aus der Organisation auszutreten. Normalerweise wird es jedoch als selbstverständlich erachtet, daß sich das Mitgliedsland im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Ziele des IWF einsetzt (andernfalls wäre es ihm wohl kaum beigetreten) und daß jedes Versäumnis bei der Erfüllung der selbst auferlegten Verpflichtungen eines Landes auf Faktoren zurückzuführen ist, die sich seinem unmittelbaren Einfluß entziehen.

Im Laufe der Jahre haben die Mitgliedsstaaten des IWF im Einklang mit den sich wandelnden Erfordernissen der Zeit den Fonds mit einer Vielzahl von Aufgaben betraut, und dieser hat sich im Rahmen seines Mandates flexibel an die Umstände zur Bewältigung dieser Aufgaben angepaßt. Die Mitgliedsländer haben den Fonds damit beauftragt, ein gemeinschaftliches System für den geordneten Austausch nationaler Währungen zu überwachen, Mitgliedern Geld zur Umstrukturierung ihrer Wirtschaft zu leihen, damit sie innerhalb des Systems besser zusammenarbeiten können, und weitere Unterstützung – insbesondere technische Hilfe und Fortbildungsmaßnahmen – anzubieten, um Mitgliedern dabei behilflich zu sein, Maßnahmen zu ergreifen, die für die gesamte Mitgliedschaft von Nutzen sind.

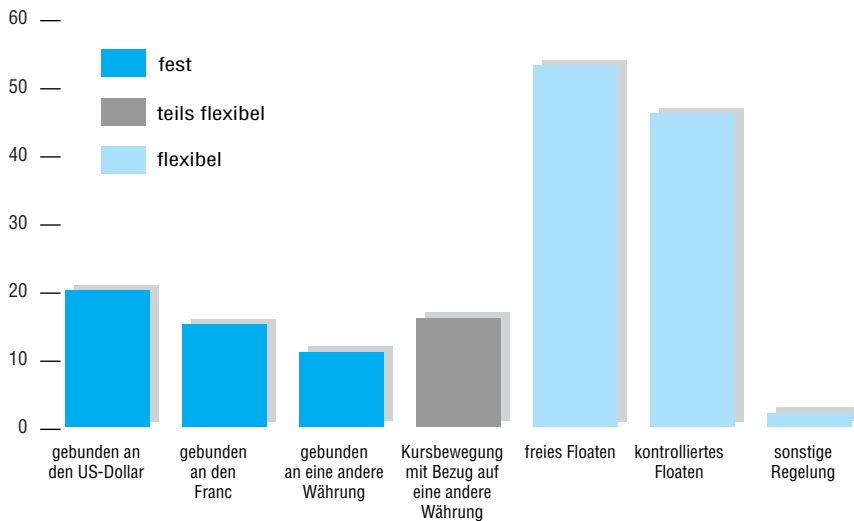
Wechselkursregelungen

In den Anfangsjahren verpflichteten sich alle Länder, die dem Fonds beitraten, dieselbe Methode zur Berechnung des Wechselkurses ihrer Währung zu verwenden. Sie taten dies nach dem sogenannten Paritätensystem. Damals definierten die Vereinigten Staaten den Wert ihres Dollar in Gold, so daß eine Unze Gold genau 35 \$ entsprach. Die amerikanische Regierung stand hinter dieser Definition und tauschte auf Verlangen zu diesem Satz Gold gegen Dollar. Alle übrigen Länder mußten beim Beitritt zum IWF den Wechselkurs ihres Geldes in Gold definieren (mit dem am 1. Juli 1944 gültigen Gewicht und Feingehalt) oder aber in US-Dollar. Die Mitgliedsländer hielten den Wert ihres Geldes innerhalb einer einprozentigen Bandbreite dieser Parität, und wenn sie der Auffassung waren, daß eine Änderung ihrer Wirtschaft förder-

lich wäre, mußten sie die geplante Änderung mit den anderen Mitgliedern im Rahmen des Fonds erörtern und deren vorherige Zustimmung einholen. Das Paritätensystem hatte den Vorteil, daß die Währungen stabil und berechenbar blieben, was für internationale Investoren, Händler und Reisende eine beträchtliche Hilfe war; im Laufe der Jahre entwickelte sich jedoch auch eine Reihe von Nachteilen. Es war für eine Regierung eine mit ernstesten politischen Risiken verbundene Zerreißprobe, den Paritätenwert ihrer Währung zu verändern, und jeder Paritätenwechsel einer Haupt-handelswährung war praktisch gleichbedeutend mit einer Krise für das ganze System. Das Paritätensystem leistete der Welt unge-fähr 25 Jahre lang gute Dienste, wurde aber Anfang der 70er Jahre aufgegeben, als die Vereinigten Staaten keine ausreichen- den Goldreserven zum Umtausch der von jenen Ländern präsen- tierten Dollar mehr besaßen, die 35 \$ für eine Unze Gold für ein einmaliges Geschäft hielten.

Wie Mitglieder die Wechselkurse festlegen

(Anzahl der Länder)



Nach der Abschaffung des Paritätensystems sind die Mitglieds-länder des IWF übereingekommen, jedem Mitglied die Wahl seiner eigenen Methode zur Festlegung des Wechselkurses seiner Währung zu überlassen. Die einzigen Bedingungen sind, daß das Land den Wert seiner Währung nicht mehr an Gold bindet und die anderen Mitglieder genau davon unterrichtet, wie es den Wert bestimmt. Es gibt eine ganze Palette von Möglichkeiten. Viele große Industriestaaten haben den Wechselkurs freigegeben: Ihre Währung ist das wert, was der Markt dafür zu zahlen bereit ist. Einige Länder versuchen, das Floaten durch den Kauf und Verkauf ihrer eigenen Währung zu kontrollieren, um somit den Markt entsprechend zu beeinflussen (eine Methode, die nicht gerade elegant als „schmutziges Floaten“ bezeichnet wird). Andere Länder koppeln den Wert ihrer Währung an den einer sogenannten Leitwährung oder einer Gruppe von Währungen, so daß beispielsweise bei einem Anstieg des französischen Franc auch der Wert ihrer eigenen Währung steigt. Viele europäische Länder halten den Wert ihrer Landeswährung gegenwärtig innerhalb vorgegebener Bandbreiten anderer Währungen in der Gruppe. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die am 1. Januar 1999 in Kraft treten soll, verlangt von elf Mitgliedsländern der Europäischen Union den Übergang zu einer einzigen Währung – dem Euro.

Überwachung

Die Ablösung des Paritätensystems durch das gegenwärtige offene Wechselkurssystem könnte auf einen Einflußverlust des IWF schließen lassen. Dies ist jedoch nicht der Fall, da sich der Fonds bei dem jetzigen System sogar noch stärker um die gesamte Wirtschaftspolitik seiner Mitgliedsländer kümmern muß, die sich auf den Wechselkurs der Währungen auswirkt. Bei der Umstellung auf das gegenwärtige System haben die Mitgliedsländer den IWF gebeten, bei seinen Analysen über den Wechselkurs, der schließlich von einer Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen beeinflusst wird, hinauszugehen und alle Aspekte der Wirtschaft eines Landes zu untersuchen, die den aktuellen Umtauschwert bestimmen, und

die Leistung seiner Wirtschaft für die gesamte Mitgliedschaft offen einzuschätzen. Kurzum, das gegenwärtige System erfordert eine größere Transparenz der Politik der Mitgliedsstaaten und gibt dem IWF einen größeren Spielraum zur Überwachung dieser Politik. Der Fonds selbst bezeichnet diese Tätigkeit als „Überwachung“ oder Aufsicht über die Wechselkurspolitik der Mitglieder. Die Überwachung beruht auf der Überzeugung, daß eine solide und konsequente Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern zu stabilen Wechselkursen und einer wachsenden und florierenden Weltwirtschaft führt. Die IWF-Überwachung ist sowohl im Gefolge der mexikanischen Finanzkrise von 1995 als auch der sich immer noch entwickelnden asiatischen Finanzkrise verbessert worden.

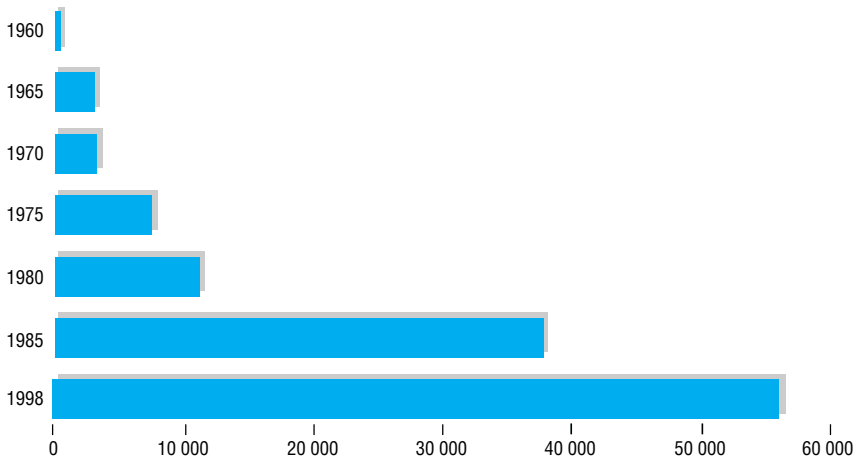
Konsultationen

Durch regelmäßige Konsultationen in jedem einzelnen Mitgliedsland wird vom IWF festgestellt, ob ein Land verantwortungsbehaftet und offen die Bedingungen festlegt, zu denen seine Währung von Regierungen und Privatbürgern anderer Länder gekauft und verkauft wird; ferner macht er sich ein Bild von der gesamtwirtschaftlichen Lage des Landes. Diese Konsultationen bieten dem Fonds die Gelegenheit, das betreffende Land darin zu bestärken, eventuelle Beschränkungen des unverzüglichen Transfers der Landeswährung in ausländische Währungen aufzuheben. In den Anfangsjahren des IWF waren diese regelmäßigen Konsultationen nur für die Mitgliedsländer obligatorisch, die Devisenbeschränkungen verhängt hatten. Seit 1978 führt der Fonds jedoch mit allen Mitgliedern solche Konsultationen durch.

Die Konsultationen finden normalerweise jährlich statt. Der Geschäftsführende Direktor kann jedoch zu zusätzlichen Beratungen anregen, wenn ein Land plötzlich in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät oder ein Verhalten an den Tag zu legen scheint, das dem Interesse anderer Mitgliedsländer zuwiderläuft. Jedes Jahr reist eine Gruppe von vier bis fünf Mitarbeitern des IWF in die Hauptstadt eines Mitgliedslandes, sammelt etwa zwei Wochen lang Informationen und führt mit Regierungsvertretern Gespräche über die Wirtschaftspolitik des Landes. Die erste Phase

Ausstehende Kredite des Währungsfonds, 1960–98

(Millionen SZR)



der Konsultationen dient der Sammlung statistischer Daten zu Ein- und Ausfuhren, Löhnen, Preisen, Beschäftigung, Zinssätzen, der in Umlauf befindlichen Geldmenge, Investitionen, Steuereinnahmen, Haushaltsausgaben und zu anderen Faktoren des Wirtschaftslebens, die einen Einfluß auf den Wechselkurs haben. Die zweite Phase besteht aus Gesprächen mit hochrangigen Regierungsvertretern, bei denen festgestellt werden soll, wie wirksam die Wirtschaftspolitik im Jahr zuvor war und welche Änderungen für das kommende Jahr zu erwarten sind. Diese Erörterungen mit ranghohen Amtsträgern lassen auch erkennen, welche Fortschritte das Land beim Abbau eventueller Beschränkungen des Devisenverkehrs erzielt hat. Nach Beendigung ihrer Mission kehrt die Gruppe in die Zentrale nach Washington zurück und arbeitet einen detaillierten Bericht aus, der dem Exekutivdirektorium zur Erörterung vorgelegt wird. Der das betreffende Land vertretende Exekutivdirektor nimmt natürlich an den Beratungen seiner Kollegen teil, erläutert einzelne Aspekte der Wirtschaft des Landes und verfolgt, wie die anderen Exekutivdirektoren die wirtschaft-

liche Leistung des Landes bewerten. Eine Zusammenfassung der Diskussionen, die oft Vorschläge zur Stärkung wirtschaftlich schwacher Bereiche enthält, wird der Mitgliedsregierung anschließend zugestellt. Seit Mai 1997 veröffentlicht der Fonds detaillierte Zusammenfassungen von Artikel IV-Konsultationen – einschließlich einer Beurteilung des Exekutivdirektoriums – für die Länder, die einer Freigabe zugestimmt haben (sogenannte *Press/Public Information Notices*).

Neben diesen regelmäßigen Beratungen führt der Fonds auch Sonderkonsultationen mit jenen Ländern durch, deren Politik einen bedeutenden Einfluß auf die Weltwirtschaft ausübt. Ziel dieser Sonderkonsultationen ist die Überprüfung der internationalen Wirtschaftslage und die Bewertung voraussichtlicher wirtschaftlicher Entwicklungen. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen werden vom Fonds zweimal jährlich als *World Economic Outlook* (eine Analyse der weltwirtschaftlichen Aussichten) veröffentlicht. Diese Veröffentlichung enthält wertvolle Informationen und Prognosen über die Weltwirtschaft; dadurch, daß sie verschiedene Politikalternativen aufzeigt, hilft sie den Mitgliedsländern, ihre eigene Wirtschaftspolitik mit voraussichtlichen Entwicklungen in anderen Mitgliedsstaaten abzustimmen.

Finanzielle Funktion

Der IWF ist der breiten Öffentlichkeit heutzutage dadurch sehr bekannt, daß er jenen Ländern, die im Mittelpunkt der asiatischen Finanzkrise stehen, und auch Rußland Milliarden von Dollar bereitstellt. Davor wurde sein Name wahrscheinlich mit hohen, während der Schuldenkrise der 80er Jahre gewährten Darlehen in Verbindung gebracht, und dann, Mitte der 90er Jahre, mit sehr hohen Krediten an Mexiko und Rußland. In den Jahren 1983 und 1984 lieh der Fonds zum Beispiel rund 28 Mrd \$ an Mitgliedsländer aus, die Schwierigkeiten hatten, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber anderen Mitgliedern nachzukommen. 1995 gewährte er Mexiko einen Kredit von nahezu 18 Mrd \$ und Rußland von mehr als 6,2 Mrd \$, um diesen Ländern über eine Zeit schwieriger Reformen hinwegzuhelfen. Und mit Wirkung vom

„Der IWF wurde in erster Linie als eine auf Zusammenarbeit ausgerichtete Institution zur Überwachung des internationalen Währungssystems ins Leben gerufen.“

23. Juli 1998 sagte der IWF Indonesien, Korea und Thailand zur Bewältigung ihrer Finanzkrise etwa 35 Mrd \$ zu und Rußland, zur Unterstützung seines Wirtschaftsprogramms für 1998, ungefähr 20,4 Mrd \$. Die schnellen und häufig publik gemachten Reaktionen des IWF auf die jüngsten Krisen

könnten Beobachter zu der falschen Annahme verleiten, die Organisation sei in erster Linie ein Kreditinstitut. Dies ist nicht der Fall, da der Fonds in erster Linie eine Überwachungsinstitution bleibt, die Bemühungen um eine bessere Zusammenarbeit bei der Formulierung wirtschaftspolitischer Ziele koordiniert. Dennoch ist seine finanzielle Funktion von großer Bedeutung.

Finanzierungsquellen

Die bereits erwähnten Quoten oder Mitgliedsbeiträge bilden die größte Geldquelle des IWF. Die Quoten haben derzeit theoretisch einen Wert von ca. 193 Mrd \$, obwohl sich diese Summe in der Praxis als trügerisch hoch erweist. Da die Mitgliedsländer 75 Prozent ihrer Quoten in Landeswährung zahlen und für die meisten nationalen Währungen außerhalb der Länder, von denen sie ausgegeben werden, kaum eine Nachfrage besteht, kann ungefähr die Hälfte des in den Bilanzen des Fonds ausgewiesenen Geldes nicht verwendet werden. Obgleich es gelegentlich Ausnahmen gibt, verwendet der IWF im Laufe eines typischen Jahres für seine Kredite nur ungefähr 20 Währungen. Die meisten potentiellen Kreditnehmer des Fonds sind nur an den wichtigsten konvertierbaren Währungen interessiert: dem US-Dollar, dem japanischen Yen, der D-Mark, dem Pfund Sterling und dem französischen Franc.

Da jedes Mitglied den mehrfachen Betrag der von ihm eingezahlten Quote vom Fonds ausleihen kann, könnte das durch die Quoten zugeflossene Bargeld in Zeiten großer weltwirtschaft-

licher Probleme nicht ausreichen, um den Kreditbedarf der Mitglieder zu decken. Für diesen Eventualfall verfügt der Fonds seit 1962 über eine Kreditlinie mit einer Anzahl von Regierungen und Zentralbanken in der ganzen Welt, die sich derzeit auf rund 24 Mrd \$ beläuft. Diese Kreditlinie, die sogenannten Allgemeinen Kreditvereinbarungen (AKV), wird alle fünf Jahre erneuert. Der Fonds zahlt für alle im Rahmen dieser Vereinbarungen in Anspruch genommenen Kredite Zinsen und verpflichtet sich, das Darlehen in fünf Jahren zurückzuzahlen. Untermauert wurden diese Vereinbarungen durch einen Beschluß über die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV), die sich bei Inkrafttreten auf insgesamt 40-45 Mrd \$ belaufen werden.

Finanzielle Unterstützung

Der IWF vergibt Kredite nur an Mitgliedsländer in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, d. h. an Länder, die nicht genug Devisen einnehmen, mit denen sie ihre Einfuhren aus anderen Ländern bezahlen können. Das Geld, das ein Staat einnimmt, stammt von den Ausfuhrerlösen, von Dienstleistungen (wie Banken und Versicherungen) und den Ausgaben der Touristen. Es stammt auch von ausländischen Investitionen und im Falle der ärmeren Länder von Hilfsleistungen wohlhabenderer Länder. Staaten können jedoch, wie einzelne Personen auch, mehr ausgeben als sie einnehmen und die Differenz so lange mit Darlehen ausgleichen, bis ihr Kredit erschöpft ist, was letztlich der Fall sein wird. Wenn dies geschieht, muß das Land einer Reihe unliebsamer Tatsachen ins Auge blicken, darunter nicht zuletzt im allgemeinen einem Verlust der Kaufkraft seiner Währung und einer zwangsweisen Verringerung seiner Einfuhren aus anderen Ländern. Ein Land, das sich in einer solchen Lage befindet, kann sich mit der Bitte um Hilfe an den IWF wenden; dieser wird ihm eine Zeitlang Devisen leihen, damit es die wirtschaftlichen Fehlleistungen korrigieren und dadurch seine Währung stabilisieren und seinen Handel stärken kann.

Ein Mitgliedsland mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten kann vom IWF unverzüglich 25 Prozent der von ihm in Gold oder konvertierbarer Währung eingezahlten Quote aufnehmen. Reichen die

25 Prozent der Quote angesichts der Schwierigkeiten des Mitglieds für seine Bedürfnisse nicht aus, so kann es den Fonds um mehr Geld ersuchen und über mehrere Jahre hinweg bis zur dreifachen Summe seiner eingezahlten Quote Geld aufnehmen. Diese Ziehungsgrenze gilt jedoch nicht für Kredite im Rahmen der Sonderfazilitäten des IWF, einschließlich der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (SRF – Supplemental Reserve Facility), die im Dezember 1997 geschaffen wurde, um jenen Mitgliedern kurzfristige Finanzierung zur Verfügung zu stellen, die mit einem abrupten und gefährlichen Verlust an Marktvertrauen konfrontiert werden (Korea war das erste Land, welches die SRF in Anspruch nahm).

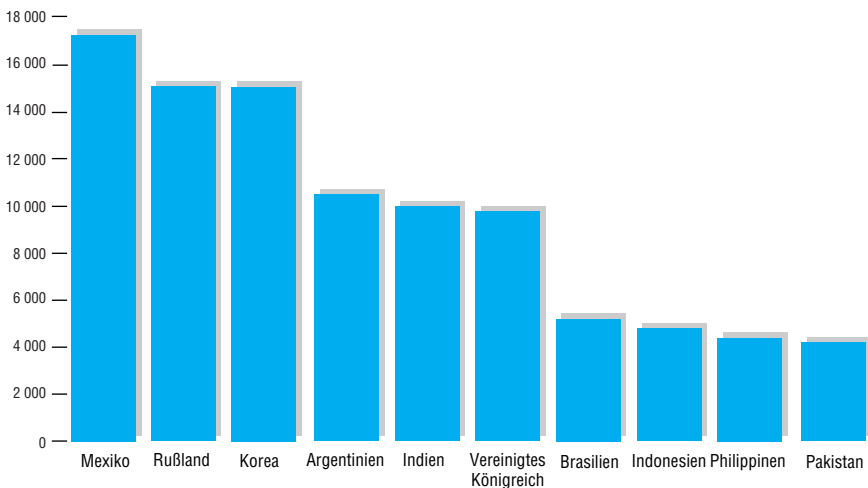
Leiht der Fonds einem Mitglied mehr als die ursprünglichen 25 Prozent der Quote, so läßt er sich von zwei Grundsätzen leiten. Erstens: Die dem Fonds zur Verfügung stehende Quotensumme muß allen Mitgliedern zugute kommen. Von jedem Mitglied, das auf das Vermögen aller zurückgreift, wird daher erwartet, daß es den Betrag zurückzahlt, sobald es seine Zahlungsprobleme gelöst hat. Auf diese Weise können die Mittel unter den Mitgliedern rotieren und stehen bei einem erneuten Bedarf wieder zur Verfügung. Zweitens: Bevor der Fonds Geld aus der Reserve freigibt, muß das Mitglied darlegen, wie es sein Zahlungsproblem zu lösen gedenkt, so daß es den Betrag innerhalb des normalen Rückzahlungszeitraums von drei bis fünf Jahren (der in einigen Fällen auf bis zu 10 Jahre verlängert werden kann) an den Fonds zurückzahlen kann. Die hinter diesen Forderungen stehende Logik ist einfach. Ein Land mit Zahlungsproblemen gibt mehr aus als es einnimmt. Sofern es keine Wirtschaftsreform durchführt, wird es weiterhin mehr ausgeben, als es einnimmt.

Da der IWF gegenüber allen Mitgliedsländern verpflichtet ist, die finanzielle Integrität seiner Transaktionen zu wahren, gewährt er Darlehen nur unter der Bedingung, daß das Mitglied das geliehene Geld effektiv einsetzt. Der Kreditnehmer verpflichtet sich daher, eine Reihe von Reformen durchzuführen, die die Ursache der Zahlungsschwierigkeiten beseitigen und den Boden für ein wirtschaftliches Wachstum „von hoher Qualität“ bereiten. Zusammen mit dem Darlehensgesuch legt der potentielle Kredit-

nehmer dem Fonds einen Reformplan vor, in dem er sich etwa verpflichtet, die staatlichen Ausgaben zu verringern, die Geldpolitik zu straffen und gewissen „strukturellen“ Schwächen zu begegnen (wie zum Beispiel unwirtschaftlichen staatlichen Unternehmen, die privatisiert werden sollten). Die Erfahrungen des Fonds in bezug auf die Anpassungsbemühungen der Mitgliedsländer haben in der jüngsten Vergangenheit gezeigt, daß die Reformen breiter und mehr in die Tiefe gehend angelegt sein müssen, um ein von hoher Qualität gekennzeichnetes Wachstum zu erzielen. In diesem Zusammenhang ist stärker darauf zu achten, daß gewährleistet ist, daß die Länder über ein angemessenes soziales Sicherheitsnetz verfügen, um die Konsequenzen der Anpassungen für die armen Bevölkerungsschichten abzufedern; ein System der gleichheitsfördernden Staatsausgaben aufweisen (einschließlich der verstärkten Berücksichtigung von Ausgaben im Gesundheits- und im Erziehungswesen); und sich durch eine integrale „Verwaltungsführung“ kennzeichnen (mit nur geringem Spielraum für Korruption und mit Offenheit für fiskalpolitische Fra-

Die größten Kunden des Währungsfonds, 1947–98*

(Millionen SZR)



* Bis 31. Juli 1998.

„Für Mitglieder mit Zahlungsschwierigkeiten stehen dem IWF zur Kreditgewährung mehrere Fazilitäten zur Verfügung, die sich nach den spezifischen Problemen unterscheiden.“

gen und Aspekte der Politikgestaltung).

Die Einzelheiten jedes einzelnen fondsgestützten Anpassungsprogramms werden von dem Mitglied festgelegt; es handelt sich also um ein Programm des Landes und nicht des Fonds. Der IWF achtet hauptsächlich darauf, daß

die Reformmaßnahmen ausreichen, um das Zahlungsproblem des Landes zu überwinden, und daß sie anderen Ländern keinen vermeidbaren Schaden zufügen. Je nach der Tragweite des Zahlungsproblems und der Summe, die das Mitgliedsland aufzunehmen wünscht, beurteilen die Exekutivdirektoren als Vertreter aller Mitglieder, ob die Reformmaßnahmen tatsächlich ausreichen und ob der Fonds aller Voraussicht nach mit der Rückzahlung rechnen kann.

Sind die Exekutivdirektoren davon überzeugt, daß das Problem durch die Reformen zu lösen ist, so wird der Kredit in Raten ausbezahlt (üblicherweise über einen Zeitraum von einem bis drei Jahren), die an die Fortschritte des Mitglieds bei der Verwirklichung der Reformen gebunden sind. Wenn alles gut geht, wird der Kredit rechtzeitig zurückgezahlt, und das Mitglied wird nach den erfolgten notwendigen Reformen wirtschaftlich gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Für Mitglieder mit Zahlungsschwierigkeiten stehen dem Fonds zur Kreditgewährung mehrere Fazilitäten zur Verfügung, die sich je nach den spezifischen Problemen, für die sie vorgesehen sind, unterscheiden. Bei den zwei häufig in Anspruch genommenen Verfahren handelt es sich um die Bereitschaftskreditvereinbarungen und die Erweiterten Kreditvereinbarungen. Hierdurch räumt der Fonds einem Land, das Schwierigkeiten hat, seinen Auslandsverbindlichkeiten zeitgerecht nachzukommen, eine Kreditlinie ein, um ein Programm mit einer ein- bis zweijährigen Laufzeit (im

Falle von Bereitschaftskreditvereinbarungen) oder mit einer drei- bis vierjährigen Laufzeit (im Falle von Erweiterten Kreditvereinbarungen) zu unterstützen. Dem Land wird dadurch Zeit gegeben, seine Finanzen zu sanieren, seine Wirtschaft neu zu strukturieren und Maßnahmen zu ergreifen, um das Wirtschaftswachstum neu zu beleben. Während der Programmlaufzeit kann das Mitglied vom IWF Geld in Raten bis zum Höchstbetrag des Kredites zur Leistung seiner Zahlungen an das Ausland aufnehmen; Bedingung ist, daß das Land an seinen wirtschaftspolitischen Anpassungsmaßnahmen festhält.

In den letzten 25 Jahren hat der IWF seinen Mitgliedsländern auch Mittel aus der sogenannten Fazilität zur kompensierenden Finanzierung geliehen, die einen vorübergehenden Rückgang der Ausfuhrerlöse eines Landes aus Gründen, auf die es im wesentlichen keinen Einfluß hat, ausgleichen soll. Nehmen wir einmal an, der Frost zerstört den größten Teil der Kaffeebohnen, die ein Land ausführt und für die es Devisen erhält (beispielsweise US-Dollar), mit denen es seine tagtäglichen finanziellen Verpflichtungen gegenüber anderen Mitgliedsländern erfüllt. Das Land ersucht den IWF dann wegen der zurückgegangenen Ausfuhrerlöse um einen Kredit, der als kompensierende Finanzierung bekannt ist; der Fonds stellt ihm die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Dollar zur Verfügung, damit das Land seinen Verpflichtungen zeitgerecht nachkommen kann, bis die nächste Kaffeernte exportiert ist und wieder Dollar in gewohntem Umfang zufließen. Seit 1988 kann der IWF auch eine Finanzierung „für äußere Notfälle“ zur Verfügung stellen, um Ländern mit fondsgestützten Anpassungsprogrammen dabei zu helfen, diese Programme trotz einer breiten Palette unvorhergesehener externer Zwischenfälle aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen eines weiteren Verfahrens wird armen Ländern Geld zu sehr niedrigen Zinssätzen zur Verfügung gestellt, während sie ihre Wirtschaft völlig neu strukturieren, um seit langem bestehende Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Ein neues Element dieses Kreditverfahrens – der sogenannten Strukturanpassungsfazilität – ist die Tatsache, daß bei der Durchführung von Refor-

men zur Beseitigung der Ursachen der Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Schaffung der Grundlage für Wirtschaftswachstum eine enge Abstimmung mit der Weltbank erforderlich ist, einer Schwesterorganisation des IWF, die sich ausschließlich mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den ärmeren Ländern der Welt befaßt. Dieses Verfahren wird durch freiwillige Beiträge von Mitgliedsländern finanziert, die im Geiste der Zusammenarbeit auf den Marktzinssatz verzichten, den sie sonst für diese Mittel hätten erhalten können. Die reicheren Mitgliedsstaaten des Fonds haben zur Finanzierung dieses Verfahrens nahezu 20 Mrd \$ zur Verfügung gestellt.

Gebühren

Borgt ein Mitgliedsland Geld vom IWF, so zahlt es verschiedene Gebühren zur Deckung der Betriebskosten des Fonds und zur Entschädigung des Landes, dessen Währung es borgt. Zur Zeit zahlt ein Kreditnehmer Dienstleistungs- und Bereitstellungsgebühren in Höhe von ca. 0,25 Prozent des Kreditbetrages und etwa 4,5 Prozent Zinsen (mit Ausnahme der oben beschriebenen Strukturanpassungsfazität, für die der Zinssatz wesentlich geringer liegt). Einem Mitgliedsland des Fonds fließen Zinsen auf seinen Quotenbeitrag nur zu, wenn andere Mitglieder zur Kreditaufnahme seine Währung in Anspruch genommen haben. Der Zinssatz, zu dem Mitgliedsländer für die Inanspruchnahme ihrer Währung vergütet werden, schwankt; in letzter Zeit lag er bei ungefähr 4 Prozent der geliehenen Summe. Sowohl die Zinsen, die ein Schuldner an den Fonds zahlt, als auch die Entschädigung, die ein Gläubiger vom Fonds erhält, liegen knapp unter den marktüblichen Sätzen, worin der Geist der auf Zusammenarbeit gerichteten Institution zum Ausdruck kommt.

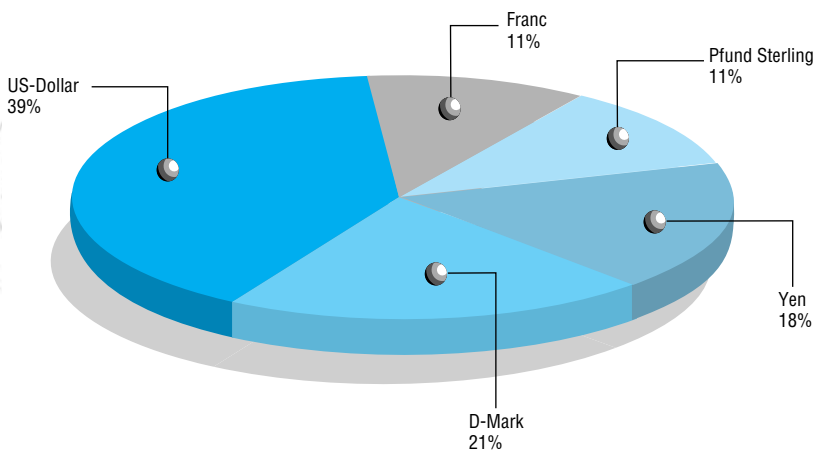
SZR

Dadurch, daß der IWF einem Mitgliedsland mittels dieser verschiedenen Verfahren konvertierbares Geld zur Verfügung stellt, trägt er zur Stabilisierung des Wechselkurses der Währung des be-

treffenden Mitgliedslandes bei. Der Fonds kann auch eine besondere Art von Geld zur Ergänzung der Währungsreserven schaffen, das die meisten Länder als Polster für Zahlungen verfügbar halten, die möglicherweise in Devisen erfolgen müssen. Als Faustregel gilt, daß die Mehrzahl der Länder Währungsreserven unterhält, die den Zahlungen für einige Monate entsprechen. In den 60er Jahren hatte es den Anschein, als würde sich die Entwicklung der Weltwirtschaft verlangsamen, da keine ausreichenden Währungsreserven zur Stützung der damaligen kräftigen Expansion vorhanden waren. Die Hauptreservemittel waren damals Gold und der US-Dollar, und bei beiden gab es Versorgungsschwierigkeiten. Die Versorgung mit Gold war durch die Schwierigkeit begrenzt, es zu finden und aus dem Boden zu gewinnen. Die neuen Goldlieferungen konnten mit der raschen Expansion der Weltwirtschaft nicht Schritt halten. Das Angebot an Dollar, die von anderen Staaten in Reserve gehalten wurden, hing von der Bereitschaft der Vereinigten Staaten ab, im Ausland mehr Geld zu investieren und auszugeben, als sie einnahmen. Da nicht damit zu rechnen war, daß

Bewertung des SZR

(Prozent)



„Der Zugang zu Daten über die Geld- und Fiskalpolitik sowie über die Auslandsverschuldung jedes Mitglieds macht den IWF zu einem einzigartigen Sammelbecken derartiger Informationen für die gesamte Mitgliedschaft.“

die Vereinigten Staaten dies unbegrenzt tun würden, befürchtete man einen langfristigen Mangel an Reserven. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, wurde der IWF von den Mitgliedsregierungen dazu ermächtigt, besondere Werteinheiten namens SZR (Sonderziehungsrechte) auszugeben, die die Mitglieder dem Bestand an Devisen und Gold, der von ihren Zentralbanken gehalten wird, hinzufügen konnten. Dem SZR wird ein Wert zugeordnet, der auf dem

Durchschnittswert der fünf führenden internationalen Währungen beruht. Heute gibt es 21,4 Mrd SZR im Wert von nahezu 29 Mrd \$; ihr Anteil an den gesamten Währungsreserven der Welt beläuft sich auf rund 2 Prozent.

Dienstleistungen

Neben der Überwachung des Weltwährungssystems und der finanziellen Unterstützung seiner Mitgliedsländer erbringt der Fonds eine Reihe von Dienstleistungen: Er gewährt den Mitgliedsstaaten im Rahmen seiner Zuständigkeit auf bestimmten Fachgebieten technische Unterstützung; unterhält in Washington ein Bildungsinstitut (IWF-Institut) für Beamte seiner Mitgliedsregierungen und bietet Fortbildungskurse im Ausland an; und gibt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus, die alle Aspekte internationaler Währungsfragen und finanzieller Aktivitäten des Fonds aufgreifen.

Da viele Länder oft nicht über das entsprechende Fachwissen in den hochspezialisierten Bereichen der öffentlichen Finanzen und des Zentralbankwesens verfügen, oder sich die Meinung eines weiteren Sachverständigen einholen möchten, wenden sie sich an

den IWF mit der Bitte um Unterstützung bei der Lösung von Problemen in diesen Bereichen oder um Entsendung eines Experten, der so lange mit den staatlichen Stellen, die mit Finanzfragen befaßt sind, zusammenarbeiten soll, bis diese sich selbst ausreichendes Fachwissen angeeignet haben. Solche Bitten um Hilfe wurden besonders in den 60er und 70er Jahren häufig geäußert, als eine ganze Reihe von Staaten, die gerade die Unabhängigkeit erlangt hatten, sich plötzlich der Aufgabe gegenübersehen, Zentralbanken zu gründen, neue Währungen auszugeben, Steuersysteme zu entwickeln und die sonstigen finanziellen und währungspolitischen Angelegenheiten eines modernen souveränen Staates zu ordnen. Der IWF hat zu diesem Zweck Experten aus seinem eigenen Mitarbeiterstab oder erfahrene Berater entsandt, die die erforderlichen Kenntnisse und die notwendige Ausbildung vermittelten. Während der 90er Jahre hat die Entscheidung der Länder Osteuropas, der baltischen Staaten, Rußlands und der anderen Länder der ehemaligen Sowjetunion, von der zentral geplanten zu einer marktbasieren Wirtschaft überzugehen und dem internationalen Währungssystem beizutreten, die Fähigkeit des IWF, technische Hilfe zu leisten, einer nie vorhergesehenen Beanspruchung unterworfen. In der jüngsten Vergangenheit ist der Bedarf an technischer Hilfe für diese Länder etwas zurückgegangen, während er für Entwicklungsländer in Afrika und dem Nahen Osten anstieg. Gegenwärtig bestehen Bedürfnisse nach spezialisierter Hilfe auf den Gebieten Buchführung, Haushaltsvorbereitung, Verwaltung öffentlicher Ausgaben, Gestaltung monetärer Instrumente, soziale Dienstleistungen und Sozialhilfesysteme, Entwicklung von Kapitalmärkten, Bankenregulierung und -überwachung, Statistik, Forschung, Recht, Steuergesetzgebung und Management. Im Geschäftsjahr 1998 (1. Mai 1997 bis 30. April 1998) betrug der Anteil für technische Hilfe am IWF-Budget 17 Prozent.

Seit seiner Gründung am Hauptsitz des Fonds in Washington im Jahre 1964 hat das IWF-Institut über 10 000 Bediensteten aus nahezu allen Mitgliedsländern, deren Arbeit in engem Zusammenhang mit der des Fonds steht, Kurse und Seminare angeboten. Die meisten Teilnehmer sind Bedienstete der Finanzministerien, Zentralbanken und anderer staatlicher Stellen, die mit Finanzfra-

gen befaßt sind. Das Institut macht seine Kursteilnehmer schon seit Jahren mit großem Erfolg mit der Funktionsweise des internationalen Währungssystems und der Rolle des Fonds innerhalb desselben vertraut. Die Ausbildung im Institut hat u. a. dazu beigetragen, daß in der ganzen Welt die Verfahren der Erstellung und Präsentation der Zahlungsbilanzen wie auch der monetären und finanziellen Statistiken zum Nutzen aller Mitglieder standardisiert wurden. Darüber hinaus werden IWF-Kurse und -Seminare vom Joint Vienna Institute angeboten, das vom Fonds und anderen internationalen Organisationen unterhalten wird, und vom jüngst ins Leben gerufenen regionalen Ausbildungsinstitut von IWF und Singapur. Der Fonds arbeitet ferner mit Ausbildungseinrichtungen in Afrika, der arabischen Welt und in Lateinamerika zusammen.

Der Zugang zu Daten über die Geld- und Fiskalpolitik sowie über die Auslandsverschuldung jedes Mitglieds macht den IWF zu einem einzigartigen Sammelbecken derartiger Informationen für die gesamte Mitgliedschaft. Der Fonds hält die gemeinsame Nutzung statistischer Daten für ein unverzichtbares Element des gemeinschaftlichen Charakters der Institution. Nahezu von Anfang an hat er daher monatliche und jährliche statistische Veröffentlichungen herausgegeben (wie z. B. *International Financial Statistics*), die nicht nur die Mitgliedsländer über die finanzielle Lage der anderen Mitglieder unterrichten, sondern auch eine konkurrenzlose Quelle statistischer Informationen für Banken, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und die Medien darstellen.

Als eine wichtige Initiative zur Entwicklung von Standards, anhand derer Ländern eine Orientierung bei der Bereitstellung und Veröffentlichung genauerer und termingerechterer wirtschaftlicher und finanzieller Statistiken gegeben wird, richtete der IWF im Jahre 1996 eine elektronische Informationstafel im Internet ein. Diese Informationstafel ermöglicht es, die Länder zu ermitteln, die die Standards einhalten, und unterrichtet die Benutzer darüber, wo sie die relevanten Daten abrufen können. Die Veröffentlichung finanzieller Daten trägt dazu bei, die Wirtschaftspolitik der Mitglieder transparenter zu machen. Dadurch wird eine Tendenz der letzten Jahre verstärkt, nämlich, daß internationale Organisationen, Geschäftsbanken, akademische Institutio-

nen, Nichtregierungsorganisationen und die allgemeine Öffentlichkeit sich zunehmend auf den Fonds als Informationsquelle für solche Daten verlassen, die anderswo nicht ohne weiteres zur Verfügung stehen.

Neben seinen statistischen Veröffentlichungen – und dem halbjährlichen *World Economic Outlook* sowie dem jährlichen Bericht *International Capital Markets* – gibt der Fonds folgendes heraus: einen *Jahresbericht* mit umfassenden Informationen über seine Arbeit während des Berichtsjahres; *Occasional Papers*, die sich mit Finanzfragen, geldpolitischen Themen und Entwicklungsfragen von nationaler oder regionaler Relevanz auseinandersetzen; gesammelte *Press/Public Information Notices* (Zusammenfassungen über Konsultationen mit Mitgliedsländern), die dreimal jährlich erscheinen; Schriften über Wirtschaftsfragen, die wichtige Forschungsthemen des IWF klar und prägnant beschreiben; Bücher und Seminarbände, die eine ganze Reihe wirtschaftlicher, finanzieller und rechtlicher Themen aufgreifen; eine akademische Vierteljahresschrift, *Staff Papers*, mit den Resultaten wirtschaftlicher Forschung von IWF-Mitarbeitern; Länderberichte des Mitarbeiterstabes über jüngste wirtschaftliche Entwicklungen in Mitgliedsländern; den *IMF Survey* (eine zweiwöchentliche Veröffentlichung), der Artikel über die Arbeit des Fonds und über nationale Wirtschaftsangelegenheiten und internationale Finanzen enthält; die Vierteljahresschrift *Finance & Development*; und eine große Anzahl von Diskussionspapieren und weiteren Mitarbeiterstudien.

Zusätzlich zu den druckschriftlichen Veröffentlichungen sind über die Netzseite des Fonds (<http://www.imf.org>) alle Pressemitteilungen und öffentlichen Erklärungen des IWF und die Texte aller kostenlosen IWF-Veröffentlichungen (auch der vollständige Text von *World Economic Outlook*) sowie die vollständigen Diskussionspapiere des Mitarbeiterstabes frei verfügbar.

Jüngste Geschäftstätigkeit

Das turbulente Jahrzehnt der 90er Jahre hat den IWF mit den größten Herausforderungen seiner Geschichte konfrontiert.

Diese neuen Herausforderungen haben ein verstärktes Interesse daran geweckt, sicherzustellen, daß die Vorgehensweisen und die Geschäftstätigkeit des Fonds den neuen Erfordernissen integrierter globaler Märkte für Waren, Dienstleistungen und Kapital angepaßt sind. Der Fonds hat insbesondere seine Überwachungstätigkeit immer wieder überprüft, und dies auch auf den Gebieten Solidität des Bankwesens, Datenveröffentlichung und Förderung der Integrität der Politik. Durch flexible Reaktionen auf die sich verändernden Bedürfnisse und das weltweit gewandelte Umfeld beweist der IWF mehr als je zuvor seine wirksamen und relevanten Leistungen auf währungspolitischem Gebiet.

Seit Beginn dieses Jahrzehnts hat der IWF sich massiv dafür eingesetzt, den Ländern Osteuropas, den baltischen Staaten, Rußland und den anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion bei dem schwierigen Übergang von einer zentral geplanten Wirtschaft zu einer freien Marktwirtschaft beizustehen. Ein großer Teil der Anstrengungen konzentrierte sich auf die Bereitstellung von Know-how bei der Einrichtung solcher finanz- und wirtschaftspolitischen Strukturen (Zentralbanken, Steuersysteme, Währungskonvertibilität, Zollregelungen), die für das Funktionieren eines Systems des freien Unternehmertums unabdingbar sind; das Thema Finanzierung war ein weiterer wichtiger Bestandteil dieser Hilfestellungen.

Als Teil seiner fortgesetzten Bemühungen, Wirtschaftswachstum und eine solide Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern zu fördern, kooperiert der Fonds mit der Weltbank in einer Initiative zur Unterstützung der hochverschuldeten armen Länder. Die Initiative hilft den Ländern, die solide Erfolge in der wirtschaftspolitischen Anpassung nachweisen, ihre Schuldenlast auf ein durchhaltbares Schuldendienstniveau zu reduzieren.

Mitte der 90er Jahre brach in Mexiko eine finanzielle Krise aus. Diese Krise bewies die Anfälligkeit der Mitgliedsländer für plötzliche Umschwünge der Marktstimmung, die zu großen und unvorhersagbaren Kapitalabflüssen führen. Mexiko reagierte rasch mit dem Inkraftsetzen eines leistungsstarken Programms wirtschaftspolitischer Reformen, und der IWF genehmigte unverzüg-

lich, am 1. Februar 1995, das bisher größte Finanzierungspaket für ein Mitgliedsland in Höhe von 17,8 Mrd \$. Diese außergewöhnliche Finanzhilfe war darauf zugeschnitten, das Vertrauen der internationalen Finanzgemeinschaft zu stärken und einer ansteckenden Ausbreitung von Mexiko auf andere Mitgliedsländer Einhalt zu gebieten. In der jüngsten Vergangenheit hatte der Ausbruch der asiatischen Finanzkrise im Dezember 1997 die bisher höchste Kreditzusage – als Teil eines großen internationalen Finanzpaketes – in Höhe von 20,9 Mrd \$ an Korea zur Folge. Ferner wurden Indonesien mit 11,2 Mrd \$ im November 1997 und Thailand mit 4,0 Mrd \$ im August 1997 sehr hohe Darlehen gewährt. Die schwerwiegenden Wirtschafts- und Finanzprobleme in Rußland führten im Juli 1998 zu einer IWF-Kreditvergabe in Höhe von 11,2 Mrd \$ an Rußland; damit wurde ein zuvor im März 1996 gewährtes Darlehen von 9,2 Mrd \$ aufgestockt.

In der Folge der mexikanischen und asiatischen Finanzkrise konzentriert sich der IWF nun auf die Verhütung künftiger Krisen dieser Art durch eine verstärkte Überwachung der Wechselkurspolitik und der Finanzmärkte. Er hat Schritte unternommen, um die mit der Wirtschaftspolitik von Mitgliedern verbundenen Risiken freimütiger einzuschätzen. Der IWF hat ferner fristgerechtere und genauere Daten von Mitgliedern verlangt, die Finanzsektoren von Mitgliedern einer kritischeren Prüfung unterzogen und seine Aufmerksamkeit insbesondere jenen Ländern gewidmet, in denen wirtschaftliche Störungen mit großer Wahrscheinlichkeit die internationale Gemeinschaft in Mitleidenschaft ziehen würden.

Die asiatische Finanzkrise unterstreicht, daß die Veröffentlichung rechtzeitiger und genauer Daten der Mitglieder von entscheidender Bedeutung ist; daß die Überwachung über die üblichen kurzfristigen makroökonomischen Fragestellungen hinaus ausgedehnt werden und insbesondere auch die Politik des Finanzsektors einbeziehen muß; daß der IWF der Interdependenz der Wirtschaftspolitik der Länder und den Risiken einer „Ansteckung“ größere Beachtung schenken muß; daß eine „Transparenz“ (oder Offenheit) der Wirtschaftspolitik eines Landes bei der Wiederherstellung von Marktvertrauen von maßgeblicher Bedeutung ist; und daß eine

wirksame Überwachung durch den Fonds letztendlich von der Bereitschaft der Mitglieder abhängt, den Rat des Fonds zu befolgen.

Angesichts der Tatsache, daß in einer globalisierten Weltwirtschaft private Kapitalströme immer wichtiger werden, hat der Interimsausschuß ferner dem Konzept einer Änderung der IWF-Charta (dem IWF-Übereinkommen) zugestimmt, die die Förderung einer Kapitalverkehrsliberalisierung zu einer Aufgabe des IWF erklären und dem Fonds die entsprechende Zuständigkeit für den Kapitalverkehr zusprechen würde. Der IWF wägt derzeit alle Aspekte dieses Themas sorgfältig ab, in dem Bewußtsein, daß Schritte in Richtung einer Kapitalverkehrsliberalisierung angesichts der Gegebenheiten in den jeweiligen Ländern mit angemessenem Tempo und in der richtigen Reihenfolge unternommen werden müssen.

Die Anforderung an den IWF, Finanzhilfen für Rußland, für die von der Asienkrise betroffenen Länder, für Mexiko sowie für andere Entwicklungsländer bereitzustellen, hat zu einer außergewöhnlich hohen Nachfrage nach seinen Mitteln geführt. Der Fonds und seine Mitglieder befassen sich derzeit damit, die Notfinanzierung auszuweiten und die Quoten zu erhöhen, um den Bedürfnissen der Mitglieder im derzeitigen weltweiten Wirtschaftsumfeld gerecht zu werden. Ferner steht eine Änderung der IWF-Charta zur offiziellen Genehmigung durch die Mitglieder des Fonds an, um eine spezielle, einmale Zuteilung von SZR an Mitglieder zu ermöglichen.